

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüßengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüßengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die Kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

N 243.

Mittwoch, den 19. Oktober

1910.

## Aufgebot.

Das königliche Amtsgericht Eibenstock erläßt auf Antrag des Feuermanns Ernst Hermann Friedrich in Aue zum Zwecke der Todeserklärung des am 22. Mai 1834 zu Wildenthal geborenen und dort zuletzt wohnhaft gewesenen Schuhmachers **Wilhelm Hermann Friedrich**, der spätestens seit dem Jahre 1873 verschollen ist, dieses Aufgebot.

Als Aufgebotstermin wird der

**19. November 1910, vormittags 11 Uhr**

bestimmt.

Es ergeht die Aufforderung

- 1) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird,
- 2) an alle, die über Leben und Tod des Verschollenen Auskunft zu erteilen vermögen, spätestens im Aufgebotstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.

Eibenstock, den 22. April 1910.

**Königliches Amtsgericht.**

## Die Maul- und Klauenseuche

ist im Schlachthof zu Aue ausgebrochen.

**Stadtrat Eibenstock.**

Offic.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Expeditionen der hiesigen **Gemeindeverwaltung, des Landesamtes, sowie der Sparkasse**

**Freitag und Sonnabend, den 21. und 22. ds. Mts.**

geschlossen.

## England.

Gegenüber großen Ereignissen, wie die portugiesische Revolution oder der Eisenbahnerstreik in Frankreich, ist es begreiflich, wenn man weniger hervortretenden Ereignissen in anderen Ländern kaum Beachtung schenkt, obgleich sie doch leicht von weittragender Bedeutung sein könnten. So hat man sich schon seit langer Zeit nicht mehr mit den inneren Verhältnissen Englands befaßt, höchstens, daß man seiner Tätigkeit nach außen und in der letzten Zeit seiner intimen Beziehungen zu Portugal gedachte. Um die innere Lage kümmerte man sich kaum, zumal ja auch das Parlament in der Zwischenzeit nicht tagte. In aller Stille scheint sich aber doch eine Wendung vorbereitet zu haben, welche für die innere Entwicklung Englands von weittragendem Erfolge begleitet sein kann. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition wegen einer Einigung über die schwebenden Tagesfragen schienen erfolglos auslaufen zu sollen, nachdem im Vorjahr der Zwist in hellen Flammen entbrannt war und durch den Tod König Eduards ein gewisser Stillstand herbeigeführt wurde. Man schloß eine Art Gottesfrieden, um die erste Regierungszeit des Königs nicht zu stören und ihm Gelegenheit zu lassen, sich in die Dinge einzuleben und seine Stellung zu nehmen. Hat auch, dem Buchstaben der Verfassung nach, der König keinerlei Einfluß auf die Politik, so weiß man doch zur Genüge aus den Zeiten König Eduards VII. her, wie nachhaltig eine hervorragende Persönlichkeit auf dem englischen Throne den Lauf der Dinge zu bestimmen versteht. Sein Uebergewicht auf dem Gebiete der Außenpolitik hat England nach allgemeinem Zugeständnis in der Hauptsache der Initiative König Eduards VII. zu danken, der seine umfassenden persönlichen Verbindungen in trefflicher und geschickter Weise im Interesse seines Landes und zur Durchführung seiner hohen Pläne auszunutzen verstand. Nunmehr aber scheint das Ende des Waffenstillstandes zu nahen, man will nach monatelangen Unterbrechungen zum Schluß kommen, um eine definitive Entscheidung zu treffen und zu wissen, woran man ist. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertrauensmännern der konservativen Opposition sind wieder aufgenommen worden, um vielleicht bald wieder aufzuheben. In der nächsten Sitzung will die Regierung ihre letzten Vorschläge unterbreiten, und falls diese abgelehnt werden, die Verhandlungen abbrechen, jedoch eine neue schwere Krise die Folge wäre. Die letzten Vorschläge der Regierung sollen angeblich darauf hinausgehen, den vier heimatischen britischen Reichen England, Irland, Schottland und Wales je ein heimisches Parlament für örtliche Angelegenheiten zu gewähren, d. h. mit anderen Worten: eine allgemeine Pomerule. Das Unterhaus soll unverändert bestehen bleiben, das Oberhaus dagegen abgeschafft und durch einen Senat ersetzt werden, der nicht nur von englischen

Wählern, sondern auch von den Wählern in den Kolonien nominiert werden soll. Die Konservativen wären zwar für einen derartigen Senat eventuell zu haben, dagegen lehnen sie die Volksvertretungen für die einzelnen Kronländer strikte ab, sobald damit ein neuer Konflikt gegeben ist. Man zweifelt daran, daß eine Einigung zustandekommen wird, weil man weiß, daß die konservative Opposition ihren Standpunkt in dieser Frage aus prinzipiellen Gründen unter keinen Umständen aufgeben will. Ebenjowenig kann aber die Regierung nachgeben, wenn sie nicht den Zorn des Unterhauses auf sich laden will. Die Reform der parlamentarischen Institutionen ist nun einmal der Hauptpunkt im Programm der jetzigen liberalen Regierung, und wenn es ihr nicht gelingt, diese durchzuführen, so wird sie in der Versenkung verschwinden müssen. Diese Gefahr rückt nahe, wenn nicht das Kabinett die erforderliche Energie zu zeigen versteht.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Die Ueberreichung des Doktor-diploms an den Kaiser. Geheimrat v. Bisitz übergab am Montag dem Monarchen das Ehrendiplom und hielt eine kurze Ansprache, die mit den Worten schloß: quod felix faustumque sit — was glückbringend und verhelfungsvoll sein möge. Der Kaiser nahm das Diplom entgegen und erwiderte mit einer kurzen Ansprache, in der er seine Freude über die ihm zuteil gewordene Ehre aussprach. Er bezeichnete in dieser Rede die Fakultätsmitglieder als seine Kollegen. Zum Schluß hob er hervor, daß er die Bedeutung der Promotion sehr wohl zu würdigen wisse, und daß es der erste inländische Doktor sei, der ihm durch die Berliner Universität verliehen worden sei. Die Fakultät möge auch die modernen Aufgaben des Staatslebens jederzeit besonders pflegen und damit zum Wohle des Ganzen wirken.

Einladung des Kronprinzen nach Manila. Nach einem Telegramm der „Befreiung“ aus Manila, forderte die philippinische Regierung die Vereinigten Staaten auf, bei der deutschen Reichsregierung zu erwirken, daß der Kronprinz auf seiner ostasiatischen Reise auch Manila berührt.

Verlegung des hessischen Hoflagers. Das hessische Hoflager wird nunmehr, wie die Blätter melden, am 25. d. Mts. doch noch auf einige Zeit nach Jagdschloß Wolfsgarten verlegt werden. Das schöne Wetter, sowie der Besuch des deutschen Kaisers dürften hierfür maßgebend gewesen sein.

Die Reichstagswahlen sind, so wird aus Berlin geschrieben, für die erste Hälfte des Novembers 1911 in Aussicht genommen. Man redet davon, daß der Dienstag der zweiten Novemberwoche wahrscheinlich der entscheidende Tag sein werde. Die Sozialde-

mokratie hat angeblich ihren Wahlfonds so gefüllt, daß sie die intensivste Bearbeitung von 200 Wahlkreisen vornehmen kann. Die übrigen 197 scheiden bei der sozialdemokratischen Kalkulation eines eventuellen Sieges aus. Im übrigen ist die Stimmung nicht mehr so übermäßig hoffnungsvoll wie früher. Trotz aller Angriffe gegen Polizei und Abwählungsversuche auf den Janhagel haben die Moabiter Vorgänge doch in den Kreisen der Wilsäuser einen tiefen Eindruck gemacht. Das wird sich in Berlin sehr bei der Stimmenzählung zeigen.

Eine weitere Hinausschiebung des Inkrafttretens der Witwen- und Waisenversicherung über den 1. April 1911 dürfte notwendig werden. Bekanntlich sollte nach Paragraph 15 des Zolltarifgesetzes der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Nettozollertrag aus der Einfuhr von Roggen, Weizen, Spelz, Rindvieh und Schafen, insoweit es den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag derselben Erzeugnisse übersteigt, zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung Verwendung finden. Ursprünglich sollte dies bereits am 1. Januar 1910 eintreten. Dieser Termin ist mit Rücksicht auf die Reichsversicherungsordnung bis zum 1. April 1911 verlängert worden. Da aber bereits heute feststeht, daß bis zu diesem Termin die Reichsversicherungsordnung mit der gedachten Versicherungsart vom Reichstage nicht verabschiedet werden kann, so wird eine abermalige Hinausschiebung des Termins notwendig werden. Wahrscheinlich dürfte der neue Termin der 1. Oktober 1911 werden. Eine Novelle zum Zolltarifgesetz und zum Hinterbliebenenversicherungsgesetz soll dem Reichstage aber erst vorgelegt werden, wenn sich übersehen läßt, wie die Arbeiten an der Reichsversicherungsordnung im Reichstage gefördert werden. Schließlich bieten sich so große Schwierigkeiten, daß an eine Verabschiedung vor den Neuwahlen nicht gedacht werden kann. Das Inkrafttreten der Witwenversicherung müßte alsdann noch weiter hinausgeschoben werden, was man allerdings nach Kräften verhindern will.

### Frankreich.

Paris, 17. Oktober. Auch heute ist eine weitere Besserung der Lage auf den Eisenbahnen festzustellen. Die Zahl der angekommenen und abgegangenen Züge hat wieder die normale Höhe erreicht. Auch die Post wird von morgen an wieder per Eisenbahn und nicht mehr per Automobil befördert werden. — Kabinettschef Briand informierte den Präsidenten der Republik, daß die Lage wieder eine normale sei. Für morgen sind umfassende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitsfreiheit zu sichern; bedeutende Truppenverstärkungen sind dem Polizeipräsidenten Lépine zur Verfügung gestellt worden. Diese

Unausschiebbare Geschäfte werden an diesen Tagen vormittags von 11—12 Uhr erledigt. Schönheide, den 17. Oktober 1910.

**Der Gemeindevorstand.**

## Bekanntmachung

für die Kirchengemeinde Eibenstock.

Nach § 17 der Kirchenvorstands- und Synodalordnung vom 22. November 1906 scheiden die bisherigen Mitglieder des Kirchenvorstandes Herr Fabrikant **Carl Seidel** und Holzschleifereibesitzer **Wilhelm Unger** in Eibenstock, sowie Herr Gemeindevorstand **Friedrich Vogel** in Wildenthal im November ds. Js. aus dem Kirchenvorstand aus. Ferner hat Herr Kommerzienrat **Wilhelm Dörfel** in Eibenstock sein Mandat als Kirchenvorsteher niedergelegt. Es ist sonach eine Ergänzungswahl für den Kirchenvorstand vorzunehmen, welche am **Sonntag, den 13. November, vormittags 11—12 Uhr in der Kirche stattfinden soll.** Bei derselben sind **3 Vertreter der Stadtgemeinde Eibenstock** und **1 Vertreter der eingepfarrten Landgemeinden** zu wählen.

Wählbar sind alle stimmberechtigten Gemeindeglieder, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben. Die Wähler haben ihr Augenmerk auf Männer von gutem Ruf, bewährtem christlichen Sinn, kirchlicher Einsicht und Erfahrung zu richten. — Alle Obengenannten sind wieder wählbar.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß nur diejenigen Gemeindeglieder zur Teilnahme an der Wahl berechtigt sind, welche in die Wählerliste eingetragen sind.

Die Wählerliste muß **nächsten Freitag** abgeschlossen werden und wird von **Sonntag, den 23. Oktober ab 14 Tage lang in der Pfarramts-Expedition öffentlich ausliegen.**

Anmeldungen, welche **nach Freitag, den 21. Oktober** eingehen, können für die bevorstehende Wahl in die Wählerliste nicht mehr aufgenommen werden.

Eibenstock, den 17. Oktober 1910.

**Das ev.-luth. Pfarramt.**